

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

596 (22.12.1921) Mittagausgabe



# Badische Presse

## Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Züchert & Co.

Redaktion: Hanns Walthar Schneider  
Verantwortliche Redakteure: Max deulicke und bediiche Volitz; M. Göttinger, für Auslandsredaktion; A. G. Schaefer, für Theater, Kunst u. Wissenschaft; A. Händel, für lokale Anzeigenarbeiten u. Sport; R. W. Böhmer, für die Handelsredaktion; I. G. G. Kring, für Anzeigen u. Anzeigenmacher, alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktionen: Dr. Kurt Weigert.

Verlagsredaktion: Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 309 und 319.

Vertriebsredaktion: Einzelverkauf: Nr. 86, Kallertstraße und Marktplatz  
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8354

# Der Oberste Rat wird einberufen.

## Anfangs Januar in Cannes.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Die Londoner Bepflegungen sind so gut wie abgeschlossen. Briand und Lloyd George werden sich heute vormittag noch einmal sehen, aber nur um gegenseitig von einander Abschied zu nehmen. Die beiden Ministerpräsidenten haben gestern Abend vereinbart, auf Anfang Januar den Obersten Entente-Rat an die Riviera und zwar nach Cannes einzuberufen. Lloyd George wird seine Weihnachtsferien nicht in London oder in seiner Heimat Wales verbringen, sondern sofort nach Cannes reisen. Zu dieser Konferenz, die frühestens am 3. oder 4. Januar beginnen wird, soll naturgemäß auch Italien eingeladen werden. Die Orientkonferenz soll in Paris abgehalten werden, und zwar wahrscheinlich unmittelbar im Anschluß an die Konferenz in Cannes. Die englischen Blätter melden heute Nacht, daß auch Deutschland auf dieser Konferenz vertreten sein werde. Man werde zwar die deutliche Regierung amtlich nicht vor Beginn der Sitzungen des Obersten Rates einladen, sondern erst nach Beginn der Konferenz, genau wie dies der Fall war auf der Konferenz von Spa und auf der Londoner Konferenz vom Februar ds. Js.

Briand und Lloyd George haben die Entscheidung in der Stundungsfrage und über das Reparationsproblem der Konferenz von Cannes vorbehalten. Wie angekündigt, ist es also bei der gegenwärtigen Londoner Konferenz zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen, sondern nur zu einem gegenseitigen Gedankenaustausch, doch sollen die Sachverständigen inzwischen ihre Berichte abgeschlossen haben. Diese Berichte können als Grundlage für die bevorstehenden Beschlüsse der Konferenz von Cannes gelten. Der Bericht der Experten in der Stundungsfrage soll vorschlagen, daß man der deutschen Regierung von der Januar- und Februarrate im ganzen ein Drittel erläßt.

Die Pariser „Daily Mail“ schreibt weiter, daß in London verläutet, Briand sei bereit, von seiner Forderung der obrigatorischen Garantien für die Reparationsverpflichtungen abzugehen, wenn England im Falle eines Angriffs durch eine feindliche Macht zu Hilfe eilen werde, d. h. wenn England Frankreich von vornherein diese Hilfe feierlich und förmlich zusichert. In jedem Fall, schreibt die Pariser „Daily Mail“, sei klar, daß die Frage der französischen Sicherheit in den gegenwärtigen Londoner Bepflegungen eine große Rolle gespielt habe und die Konzeptionen Briands von der Defensivallianz abhängen.

Die „Pariser Daily Mail“ berichtet, daß Briand auf der Beibehaltung der Londoner Millardensätze beharrt habe und die Franzosen jede Herabsetzung der Reparationszahlungen ablehnen. Lloyd George soll seinerseits jedoch neue militärische und wirtschaftliche Zwangsmittel gegen Deutschland im Falle einer Zahlungseinstellung abgelehnt haben. Auch die Einberufung einer fiskalischen Kommission, die in Berlin als Konferenzberater Deutschlands aufzutreten würde, ist nach der Pariser „Daily Mail“ von Lloyd George abgelehnt worden. Ebenso verhält es sich mit dem französischen Vorschlag nach einer Verstärkung der Funktionen des Garantietomitees.

## Die Ergebnisse von London.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Intransigent“ berichtet über das Ergebnis der Londoner Konferenz: Briand hat sich zunächst mündlich mit Lloyd George über folgende Punkte geeinigt:

1. Zwischen Frankreich und England soll ein stärkeres Band geknüpft werden. Es ist ausgemacht, daß Berlin weder von England noch von Frankreich ohne Einverständnis des anderen Partners unterstützt wird.

2. Es wird eine Vereinbarung über die dringendsten finanziellen Maßnahmen getroffen, die es Deutschland ermöglichen sollen, im Jahre 1922 die Barzahlungen zu leisten, die Belgien und Frankreich brauchen.

3. Der Oberste Rat wird in einer Sitzung, die nach der Vorkonferenz stattfinden, die Frage der weiteren Zahlungen prüfen und die internationalen Valutawierwertigkeiten zu lösen suchen. Bei dieser Gelegenheit soll über eine große internationale Anleihe gesprochen werden.

4. Ueber die Ausnutzung des Wiesbadener Abkommens werden sich Frankreich und England nunmehr einigen. Ein ähnliches Abkommen zwischen London und Berlin ist im Werden.

5. Zwischen Loucheur, Horne und Rathenau sollen Bepflegungen stattfinden. Die Bepflegungen selbst finden noch nicht statt, doch soll Rathenau Gelegenheit gegeben werden, sich über die künftige Finanzpolitik des Reiches zu äußern.

Alles, was über diese fünf Punkte hinausgeht, insbesondere die Regelung des Verkehrs mit deutschen O-Bonds und die Reorganisation Anstalts wird auf einer internationalen Konferenz besprochen werden, an der auch England und Deutschland teilnehmen müssen. Diese Konferenz wird nicht vor Ende Januar, vielleicht sogar erst im Februar einberufen werden.

## Ein Kompromiß in der Stundungsfrage.

II. Paris, 22. Dez. (Drahtbericht.) Nach den aus London vorliegenden Meldungen dürfte in der Stundungsfrage eine Kompromißlösung zustandekommen, die etwa wie folgt aussehen wird: In der Bezahlung der Januar- und Februarrate wird festgehalten, aber für eine Stundung der Rate vom 15. April (500 Millionen Goldmark) sind die Franzosen zu haben, nur verlangen sie für den Fall dieser Stundung und vom Zeitpunkt dieser Stundung ab die Möglichkeit einer Kontrolle über den deutschen Reichshaushalt. Es scheint, daß die gegenwärtigen Sachverständigenberatungen die Bestimmungen über die Kontrolle zum Gegenstand haben. Der Hauptzweck dieser Kontrolle würde in der Kontrolle des Notenumlaufs bestehen, und zu diesem Zweck würde die Reichsbank nach dem Muster der Bank von England von der Reichsregierung mehr oder weniger unabhängig werden. Unter allen Umständen soll die Kaufkraft der deutschen Währung wieder gehoben und Vorzüge getroffen werden, daß der Zusammenbruch der Marktwirtschaft sich bei den künftigen Reparationszahlungen nicht wiederholen kann. Der Reichsdach soll nicht mehr gezwungen werden, die nötigen Auslandsbesorfen für die Aufbringung der Goldmillarden zu exorbitanten Notierungen auf Kosten der Reparationsansprüche der Entente beschaffen zu müssen. Man will vielmehr zum Zwecke der Beschaffung dieser Devisen dem Reichsfinanzministerium internationale Kredite eröffnen. Es ist noch ungewiß, ob diese Stundungsaktion generell gemeint ist oder nur für die Aprilrate.

III. London, 21. Dezember. Wie die „Manchester Guardian“ berichtet, ist eine weitere Schwierigkeit dadurch entstanden, daß die

Franzosen von neuem die Frage der ersten Milliarde aufgeworfen haben und den Anteil daran als Kompensation für ihre Zustimmung in der Frage des Moratoriums beanpruchen. Von britischer Seite wurde demgegenüber geltend gemacht, daß das Wiesbadener Abkommen Frankreich besondere Vorteile sichere. Sowohl Briand wie Lloyd George hielten es für wichtig, daß die Frage des Moratoriums sofort geregelt würde.

## Londoner Presseäußerungen.

Bei den nachstehend aufgeführten Pressstimmen aus London und Paris ist zu beachten, daß sie entstanden sind, bevor der Beschl. den Obersten Rat nach Cannes einzuberufen, bekannt wurde.

III. London, 21. Dez. Laut „Morning Post“ erörtern die Premierminister augenblicklich nur die Methoden, um von Deutschland die Bezahlung der im Jahre 1922 fälligen Summen zu erhalten. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Garantietkommission die Kontrolle über die deutschen Zölle und Staatsmonopole erhalten werde mit einer gewissen Jurisdiktion über das deutsche Staatsbürgern und der deutschen Regierung im Auslande gehörige Geld. Nach der „Morning Post“ ist der Gegenstand der Streichung der Kriegsschulden für den Augenblick aufgegeben worden; auch ein engl-französisch-deutsches Uebereinkommen ist nach dem Blatt nicht geplant. Laut „Morn. Post“ suchen die Premierminister noch einen Ausweg aus der Sackgasse, die durch die Erklärung Deutschlands geschaffen wurde, daß es nicht in der Lage sei, die nächsten Reparationsraten voll zu bezahlen. Es scheint, daß die Erklärung Deutschlands von britischer Seite als durch die tatsächlichen Umstände gerechtfertigt angesehen werde, denn die Mitglieder sowohl der Reparationskommission als auch der Garantietkommission seien vor etwa einem Monat in Berlin gewesen und hätten die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands eingehend geprüft. Die deutsche Regierung habe den Mitgliedern der beiden Kommissionen ermöglicht, eine genaue Einsicht in den gesamten Stand der Dinge zu nehmen. „Morning Post“ zufolge werden die Premierminister, wenn die französischen und die britischen Sachverständigen zu dem Schluß kommen sollten, daß Deutschland zur festgesetzten Zeit wirklich keine Schulden nicht mehr bezahlen könne, bereit sein, unter gewissen Bedingungen einer Erleichterung zuzustimmen. Die Sachverständigen besaßen sich augenblicklich mit der Aufstellung der Bedingungen, die sowohl für England als auch für Frankreich betriebliegend wären und von denen man laut „Morning Post“ auch erwarten könnte, daß Deutschland bereit sein würde, sie zu erfüllen. Das Blatt erwartet, daß die Premierminister vor morgen Abend mit ihren Beratungen zu Ende sein werden.

Briand teilte der „Daily Mail“ mit, seine Reise sei auf morgen, möglicherweise auf Freitag verschoben worden. Nach dem eben genannten Blatt nimmt man an, daß die Finanzsachverständigen über eingekommen seien, daß Deutschland in der Lage sei, die Januar- und Februar-Raten zu bezahlen. Die Sachverständigen berieten laut „Daily Mail“ gestern mit Rathenau, der ihnen einen Bericht über die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die Hilfsquellen Deutschlands unterbreitet haben soll. Der „Daily Mail“ zufolge gewinnt die Ansicht Boden, daß die französische Lösung für das Finanzchaos Deutschlands: Anerkennung einer fiskalischen Kommission, die mit Vollmachten ausgerüstet wäre, als eine Art von beweglicher Staatsverwaltung für Deutschland zu handeln, eine der Maßnahmen sein werde, die die Premierminister dem Obersten Rat unterbreiten würden.

Auch der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ glaubt zu wissen, daß die britischen und die französischen Sachverständigen zu dem Schluß gekommen seien, daß Deutschland die nächsten Reparationsraten zahlen könne und müsse. Deutschland habe — so erklärt das Blatt — eine letzte Goldleihe von 50 Millionen Pfund und anschließend solle es die Januar- und Februar-Raten aus dieser Quelle bezahlen. Das Blatt meldet im Gegensatz zur „Daily Mail“, daß Rathenau noch nicht zu den Erörterungen hinzugezogen worden sei.

Die „Times“ berichten, die allgemeine Erörterung der europäischen Wirtschaftslage, zu der Briand ursprünglich von Lloyd George nach London eingeladen worden sei, sei überhätet worden durch das unmittelbare Problem der deutschen Reparationen. Laut „Times“ ist nicht bekannt, wie die englische Regierung sich zu der Ansicht Frankreichs, daß die Entsendung einer Finanzkontrolle-Kommission nach Deutschland notwendig sei, stelle. Es könne jedoch erwartet werden, daß England nur nach genauer Überlegung und nur, wenn die unbedingte Notwendigkeit dafür erwiesen sei, der Schaffung neuer Kommissionen zustimmen werde. In einschlägigen Finanzkreisen Englands werde ein unbedingter Widerspruch gegen die sogenannte „Ottomanisierung“ Deutschlands erhoben. Der „Times“ zufolge wird allgemein angenommen, daß eine Ermäßigung der deutschen Gesamtverpflichtungen heilsam sei. Die Anteil, die unter einem neuen Plan den verschiedenen Mächten zufallen würden, bildeten jedoch noch den Gegenstand von Erörterungen zwischen den französischen und den britischen Sachverständigen. Die ersten von den französischen Sachverständigen unterbreiteten Zahlen seien, wie angenommen werde, von den Engländern als abkürzungsbedürftig angesehen worden. Daher sei der Bericht wieder zurückgewiesen worden und solle heute von neuem unterbreitet werden. — Nach der „Times“ finden auch Bepflegungen zwischen Horne und Loucheur statt, die die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens vom 18. August durch Frankreich und des Wiesbadener Abkommens durch England zum Ziele haben. Bisher seien diese Erörterungen noch nicht sehr fortgeschritten. Beide Abkommen würden von den Vorschlägen betreffend das Moratorium berührt.

Laut „Daily Express“ erhört Frankreich immer noch, daß Deutschland die Januar- und Februar-Raten ganz bezahlen könne. Die britische Regierung ist jedoch nach den ihr vorliegenden Anormationen der Ansicht, daß es nicht möglich sei, daß Deutschland wesentlich mehr zahlen könne als es den Alliierten angegeben habe.

Das „Daily Chronicle“ schreibt, die britischen und die französischen Sachverständigen hätten den ganzen gestrigen Tag mit der Erörterung der unmittelbaren Frage über im Januar und Februar fälligen Reparationsraten verbracht, ohne zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Zu diesen Beratungen sei Rathenau nicht zugezogen worden; er habe jedoch Unterredungen mit Vertretern des Schatzamtes über andere Probleme gehabt, die von großem Einfluß auf die Stabilität der deutschen Finanzen seien. Insbesondere über die „verschwendliche Geldhilfe“ der deutschen Regierung für Kohle und die Volk. England wüßte diese Geldhilfen abschafft zu sehen. Das Blatt schreibt weiter, Frankreich wüßte einen Vertrag, der die Garantien Großbritanniens gegen einen deutschen Angriff erneuere;

Großbritannien wünsche die Zurückziehung der alliierten Besatzungsarmee und Neutralisierung der besetzten Zone. Es sollte nicht unmöglich sein, eine Formel zu finden, die die beiden Standpunkte vereinige.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, die Ansichten der britischen und der französischen Sachverständigen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gingen, wie man wisse, auseinander. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes erklärt, den Franzosen habe besonders gefallen, daß England in den französischen Vorschlag einer Ausbehnung der bestehenden interalliierten Beaufsichtigung der deutschen Finanzen eingewilligt habe, mit anderen Worten: In die Schaffung neuer Pfänder und Garantien.

Bezüglich des französischen Vorschlags einer internationalen Anleihe mit den deutschen Zolleinnahmen und den Zolleinnahmen der vormals feindlichen Länder als Sicherheit, schreibt der Berichterstatter, es werde jetzt anerkannt, daß der Augenblick für die Auflegung einer solchen Anleihe nicht günstig sei. Es würde schwierig sein, mehr als 100 Millionen Pfund aufzubringen. Es wäre jedoch eine Mindestsumme von dieser Höhe erforderlich, um die deutschen und anderen Entschädigungen für einen wesentlichen Zeitraum zu konsolidieren und die Hauptbedingungen für die finanzielle und wirtschaftliche Wiederherstellung von ganz Mittel- und Osteuropa zuzubringen. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet außerdem, es liege außer Zweifel, daß Lloyd George die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz, zu der auch Deutschland und Rußland unter Bedingungen eingeladen werden sollten, plane. Es handle sich nur um die Frage, ob eine solche Konferenz ausschließlich wie die Brüsseler Konferenz alle zivilisierten Nationen, Frankreich wäre mehr für das Letztere. Außerdem würde dies es für Japan und die Neutralen ermöglichen, in einer unmittelbaren und zweckdienlichen Weise teilzunehmen. Die Konferenz zwischen den drei Außenministern der großen Entente-Länder über die Probleme des Nahen Ostens werde etwa Mitte Mai stattfinden.

## Die Stimmung in Paris.

Dr. A. Genz, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Londoner Bepflegungen gehen unter strengster Geheimhaltung vor sich. Sowohl Lloyd George wie Briand haben es auf gemeinsame Verabredung hin abgesehen, sich gegenüber Pressevertretern in irgend einer Weise über ihre Unterhaltung zu äußern. Die Berichte der Pariser Blätter ergeben sich daher lediglich in allgemeinen Betrachtungen und Vermutungen. Der „Zeit-Beobachter“ gibt die Lage wahrscheinlich richtig wieder, wenn er in Unrissen die Bepflegungen dahin kennzeichnet, daß Lloyd George eine neue Organisation in Europa vorschläge und daß Briand bereit sei, auf diesen Plan einzugehen unter der Voraussetzung, daß vorher ein französisch-englisches Bündnis zustande kommt. Innerhalb dieses großen Rahmens werden verschiedenartige Gerüchte verbreitet, zum Teil einander widersprechend. Das Gerücht, daß Lloyd George auf eine deutsch-französisch-englische Verständigung abziele, wird von den einen demontiert, von den anderen aufrechterhalten. Ziemlich übereinstimmend wird in Paris angegeben, daß England die militärische Raumung der Rheinlande und deren Neutralisierung vorschläge, daß jedoch Frankreich in diesen Plan nur einwilligen werde, wenn es vorher durch ein Bündnis mit England vollkommen, Sicherheiten erhalten habe. In Bezug auf die Reparationsfrage glaubt man in Paris versichern zu können, daß Lloyd George für den Gedanken eines innerdeutschen Moratoriums bereits gewonnen worden sei. Die abermalige Ankunft Dr. Rathenaus in London wird von dem Korrespondenten des „Temps“ und anderen Blättern darin gekennzeichnet, daß sie den unangenehmsten Eindruck hervorgerufen habe. Die englische Regierung habe durch eine offiziöse Reutersnote feststellen lassen, daß eine Einladung zu dieser Reise an Rathenau nicht ergangen sei. Loucheur seinerseits läßt durch Havas die Meldung demontieren, daß er mit Rathenau eine Bepflegung gehabt habe.

Den reaktionären Neuerungen der offiziellen Pariser Blätter kommt im gegenwärtigen Augenblick nur geringe Bedeutung zu, da sie je nach dem Ergebnis der Bepflegungen ihre gegenwärtige Meinung nötigenfalls prompt ins Gegenteil verkehren können. Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß während Briand in London die friedliche Absicht betont, der „Temps“ in sehr gebührender und hinterhältiger Weise das Feuer zu schüren verliert. Das Blatt beschränkt sich wieder einmal, die innerpolitischen Gegensätze in Deutschland den Interessen Frankreichs dienlich zu machen und stellt schließlich zwei Forderungen auf: die deutschen Finanzen müssen kontrolliert werden, damit es der schwachen Reichsregierung möglich wird, auch von den angeblich privilegierten deutschen Schichten Steuern einzuziehen zu können, und zweitens, Frankreich muß ein starkes Heer aufrechterhalten, damit diese privilegierten deutschen Schichten nicht etwa eigene Wege einschlagen, die zu einer Revolution führen könnten. Wie man sieht, ist dem offiziellen Pariser Blatt auch leicht angedacht der Londoner Verhandlungen keine Behauptung abern genommen, um einen Vorwand für den französischen Militarismus zu suchen.

## Gegen Frankreichs Flottenpläne.

III. Washington, 21. Dez. Folgender amtlicher Bericht wurde heute vormittag veröffentlicht: Die Sitzung des Unterausschusses für die Rüstungsbeschränkungen der Flotte, die vertagt worden war, fand heute vormittag statt. Der Vorsitzende verlas einen Brief Hughes an Briand, der das Flottenprogramm zusammenfaßt und folgendermaßen schließt: Das vorgeschlagene Abkommen ist sehr zu Gunsten Frankreichs; es verdoppelt die Macht seiner Marine. Ich bedauere, nach einer sorgfältigen Prüfung der französischen Regierung, zu dem Bau von zehn weiteren Schiffen ermächtigt zu werden, feststellen zu müssen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht hätte zustandekommen können. Ich wiederhole, daß das provisorische Abkommen mit Großbritannien und Japan von einem entsprechenden Abkommen mit Frankreich abhängig gemacht wird.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner Hochachtung usw. G. Hughes.

III. Washington, 22. Dez. (Drahtbericht.) Die Konferenz wird sich, wie nun als sicher angenommen werden darf, auch über das Jahresende hinaus ausdehnen und noch etwa bis Mitte Januar tagen. Die chinesisch-japanischen Verhandlungen haben sich endgültig zerlegt.



## Das tschechisch-österreichische Abkommen.

Dr. N. Wien, 21. Dezember. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Das politische Abkommen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei hat die hiesige Öffentlichkeit mit der ganzen Wucht einer Ueberraschung getroffen. Nur wenige, besonders gut unterrichtete Persönlichkeiten wußten, daß der Bundeskanzler Schöner in Prag gewisse politische Abmachungen getroffen hat; daß es sich aber um ein Abkommen von solcher Tragweite handelte, war auch ihnen nicht bekannt. Selbst die politischen Parteien erhielten erst gestern spät abends in der Sitzung des Ausschusses für Neues Österreich Kenntnis von dem Inhalt des Abkommens. Der Vertrag begegnet bereits in der heutigen Morgenpresse der verschiedensten Parteien richtungen mannigfachen Bedenken. Von den einzelnen Bestimmungen des Abkommens wird besonders scharf angefochten das rüchaltlose Bekenntnis zum Friedensdiktat, Verpflichtungen Österreichs zur politischen und diplomatischen Unterstützung der Tschechoslowakei zwecks Sicherung ihres territorialen Besitzes und vor allem die Verpflichtung Österreichs zur Auflösung aller inneren, der Tschechoslowakei gefährlichen politischen Organisationen. Auch auf nationaler, durchaus gemäßigter Seite erklärt man das Abkommen als eine für Österreich sehr gefährliche Bindung an die Kleine Entente und man fürchtet daraus schwere Schädigungen des Anschlußgedankens, sowie eine Gefahr für das Deutschtum überhaupt infolge der dadurch entstehenden Trennung zwischen Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen.

Dr. N. Wien, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In parlamentarischen Kreisen diskutiert man heute überaus lebhaft das Abkommen mit der Tschechoslowakei. Die großdeutsche Volkspartei wird den Vertrag aufs schärfste bekämpfen. Auch die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten sind überwiegend der Ansicht, daß das Abkommen nur mit einer wesentlichen Abänderung annehmbar sei. Schon durch diese Haltung der Parteien muß eine parlamentarische Behandlung des Abkommens bis nach den Weihnachtstagen verlagert werden. Die Stellung des Großdeutschen Vertreters im Kabinett, Minister des Aeußern, Waber, gilt als erschüttert.

### Ein österreichisches Devisengesetz.

Dr. N. Wien, 21. Dez. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Finanzminister Dr. Gürtler hat heute am letzten Tage der Sitzungsperiode, als besonders unangenehme Weihnachtsüberzahlung für die Banken und Börsen ein Salutanmeldungsgegesetz eingebracht, das folgende Hauptbestimmungen enthält: Bis 28. Dezember haben alle in Österreich wohnhaften In- und Ausländer ihre fremden Zahlungsmittel und Devisen, sowie ihre Guthaben im Auslande anzumelden. Es soll also gleichsam ein Kataster der fremden Zahlungsmittel in Österreich angelegt werden. Wer bis zum 15. Januar seine Befehle anmeldet, bleibt frei von allen Strafen wegen Steuerhinterziehung. Die Ablieferung erfolgt jedoch leihweise als Eingabe an den Staat, der dagegen Schuldverschreibungen ausgeben wird. Das Gesetz sieht für Steuerhinterziehung Kerkerstrafe vor. Bereits in der Nachmittagsitzung wurde der Gesetzentwurf vom Nationalrat genehmigt. Dies bedeutet einen großen Erfolg der Sozialdemokraten, deren feinerzeitiger Finanzplan bekanntlich ganz ähnliche, nur noch weit schärfere Bestimmungen vorsah.

### Das Urteil im Jagow-Prozess.

— Leipzig, 21. Dez. Im Jagow-Prozess wurde heute nachmittags das Urteil verkündet. Der Angeklagte von Jagow wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und von Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gerichtliche Verfahren entstandenen besonderen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten von Jagow zur Last.

### Die Urteilsbegründung.

In seinen Ausführungen gab der Präsident ein Bild der Verhältnisse, die im Jahre 1919 den Anlaß zu Kapps Plänen boten und eine Uebersicht über den Verlauf des Rappustiches selbst, um dann etwa folgendes auszuführen: Während von Jagow eine Reihe von Amtshandlungen vorgenommen hat, trifft dies bei dem Angeklagten von Wangenheim nicht zu; ebenso ist Dr. Schiele nicht als Minister tätig gewesen. Das Vorgehen Kapps und des Generals von Lüttich stellt den vollständigen Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne des § 81 Abs. 2 und des § 82 dar. Sie sind darauf ausgegangen, die bestehende Verfassung gewaltsam zu ändern. Belanglos für die Schuldfrage ist der Umstand, daß Kapp und Lüttich, sowie der Angeklagte von Jagow im Interesse des Vaterlandes gehandelt zu haben glaubten. Dies kann nur für die Strafbemessung in Betracht kommen. Gleichgültig ist, ob die Verräterung für längere

### Eine seltsame Geschichte.

Von Hans Gäßgen.

Herr X und seine Gattin kehrten von einer Einladung früher, als man sie erwartete, nach Hause zurück. Die Köchin, die ihren Schatz bei sich hatte und ihn mit allerlei Redensarten traktierte, verbergte ihn, als sie Herrn X kommen hörte, in dessen Büro, da sie keine Zeit mehr fand, ihn ungeschlagen aus der Wohnung zu entfernen. So geschickelt wußte sich der Liebhaber hinter einen Schrank zu verstecken, daß Herr X, der noch einmal in seinen Arbeitsraum trat, ihn nicht sah, die Tür abschloß und zur Ruhe ging. Der Eingesperrte dagegen fand keinen Schlaf, sondern wartete sehnsüchtig auf die Erlösung durch die Köchin. Nach einiger Zeit ward das Fenster des Büros vorläufig eingedrückt, und jemand stieg herein. Der Eingesperrte glaubte, die Geliebte komme, ihn zu erlösen, und schloß sie dankbar in seine Arme. Wie erschrocken er aber, als die Gestalt ihn jäh zurückstieß und mit einem Dolch auf ihn einschlug. In seiner Angst zog auch der Schatz der Köchin sein Messer und setzte sich, soweit es die Dunkelheit gestattete, zur Wehr. Nach einer Weile hörte der durchs Fenster Gekommene auf und räumte schleunigst das Feld. Die Köchin aber erbat sich zeitig am nächsten Morgen die Schlüssel zum Komptoir von Herrn X, wobei sie vorgab, den Raum reinigen zu müssen. Wie eine Wildsau stand sie, als sie den Boden blutbestreut und die obere Hälfte eines menschlichen Fingers in einer Ecke liegend fand. Ohne weiteres Ueberlegen eilte sie zu Herrn X und gestand ihm alles. Froh, daß sein Geld und seine Papiere unangefastet im Schrank lagen und auf diese seltsame Weise vor Diebstahl bewahrt waren, verzickte Herr X und legte sich, die Angelegenheit bald im Trübel der Tagesgeschäfte vernehlend, an seinen Schreibtisch. Nach einer Weile sah er auf die Uhr und wunderte sich, daß sein Sekretär, sonst ein Müller von Pünktlichkeit, noch nicht zur Stelle war, obwohl der Zeiger schon fast achteinhalb Uhr wies. Das Telefon schellte. Man teilte ihm mit, daß der Sekretär nicht kommen könne, er habe sich gefährlich in die Hand geschnitten, ein Fingerglied habe er verloren.

ober kürzere Zeit geplant war. Mit Unrecht beruft sich die Verteidigung auf Notwehr gegenüber den damaligen angeblich ungeschicklichen Zuständen. Alle drei Angeklagte mußten einsehen und haben nach der Ueberzeugung des Gerichtes auch eingesehen, daß es sich um ein hochverräterisches Unternehmen handelt. Indem sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung stellten, haben sie sich nicht nur auferlich an den Unternehmen beteiligt, sondern sich auch forsgangfördernd beteiligt. Es fragt sich nur, ob sie als Mittäter Kapps oder als Gehilfen anzusehen sind. Für die Mittäterchaft fehlen ausreichende Gesichtspunkte. Deshalb muß es bei der Feststellung sein Bewenden haben, daß sie den beiden Führern durch Rat und Tat wesentlich Beihilfe geleistet haben. Von Jagow wurde nicht zum unverantwortlichen Werkzeug oder zum bloßen Boten, wenn er das Amt, das ihm Kapp anbot, annahm. Von Jagow hat sein großes Wissen und seine reiche praktische Erfahrung in den Dienst Kapps gestellt und so den Boden für das Unternehmen geebnet. Da er aus selbstloser Vaterlandsliebe gehandelt hat, und er in einem unruhigen Augenblick dem Ruf Kapps gefolgt ist, sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden. Andererseits erschien mit Rücksicht auf die schwe-

## Unsere Postbezieher

bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung für das neue Vierteljahr rechtzeitig bei der Post zu erneuern. Auch

## für den Monat Januar

und für jeden folgenden einzelnen Monat kann bei den Postämtern und Briefträgern die „Badische Presse“ bestellt werden. Der Bezugspreis beträgt beim Postbezug monatlich M. 13.50. Um die pünktliche Zustellung ab 1. Januar sicher zu stellen, bestelle man sofort.

ren Folgen, die das Rappunternehmen nach sich gezogen hat und die zum Teil heute noch nicht gänzlich beseitigt sind, eine nicht zu geringe Strafe angebracht. Die beiden andern Angeklagten haben nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Sie hatten vielleicht die Absicht, eine führende Rolle zu spielen, sind aber durch den Rücktritt Kapps daran gehindert worden; deshalb wurde gegen sie auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren eingestellt.

### Die Festungshaftanstalt Niederschönenfeld.

München, 21. Dezember. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Im bayerischen Landtag entwickelte sich heute eine hitzige Debatte über die Zustände in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld im Anschluß an zwei Anträge von Seiten der Kommunisten und der U.S.P., die auf Amnestierung der politischen Gefangenen abzielten. Der kürzlich aus der Festungshaft entlassene Abgeordnete Nitsch gab eine eingehende Schilderung der dortigen Verhältnisse. Darauf beantragte der Demokrat Müller-Meinungen, die ganze Angelegenheit an den Verfassungsausschuß zu überweisen, da die Ausführungen des Abg. Nitsch eine eingehende Untersuchung und die Herausgabe einer Denkschrift über deren Ergebnis nötig gemacht hätten. Dieser Anregung wurde zugestimmt, während die Amnestie-Anträge eine Ablehnung fanden.

### Strafunterbrechung bei Sondergerichts-Urteilen.

II. Berlin, 22. Dezember. (Drahtbericht.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Auf Wunsch des Reichspräsidenten wird der Justizminister noch vor den Festtagen einer großen Zahl von Verurteilten, die aufgrund sondergerichtlicher Urteile Strafen bis zu einem Jahr zu verbüßen haben, Strafunterbrechung zu teil werden lassen mit der Aussicht auf bedingten Straferlaß nach Prüfung der Urteile.

### Der Abbau der Militärkontrollstellen.

II. Berlin, 22. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber den Abbau der Militärkontrollkommission erfahren wir folgendes: Die Nachrichten, daß General Kottet die Einziehung der Provinzialstellen der Militärkontrollkommission in Aussicht gestellt habe, trifft nicht zu. Kottet hat lediglich eine Verminderung der Mitgliedszahl bei den ihm unterstellten Kommissionen um etwa ein Drittel angeordnet. Die ganze Organisation bleibt vor der Hand in allen Teilen bestehen, dagegen wird die General Sieberman

Nun ward Herrn X vieles klar.

Er ließ dem Sekretär sagen, der Finger läge in seinem Büro zur Abholung bereit.

Der Sekretär ward auf diese seltsame Weise an der Ausführung eines Verbrechens gebindert und gleichzeitig zweifelsfrei überführt, mit dem schändlichen Eindringling identisch zu sein.

### Der Ruf nach dem Menschen.

Der größte Joll, daß ein Journalist ein Bankkonto hat, trifft auf mich zu. Zwar ist es meistens negativ, aber es ist vorhanden und war sogar einmal positiv, als eine Berliner Bühne eine Komödie von mir aufführte. Damals gab ich der Freude, Geld abzugeben, öfters nach. Draußen in der Vorstadt ist die Filiale, in der ich in jenen Monaten so oft ein- und ausging, daß ich die Beamten dieser Bank ein wenig näher kennen lernte. Näher ist eigentlich zu viel gesagt, da wir nicht über die Schönwetter-Gespräche hinausamen. Nur als man herausgefunden hatte, daß ich der augenblicklich in großer Serie gespielte Komödien-Autor sei, sah man mich etwas genauer an, und man behandelte mich mit einer gewissen Hochachtung, wie sie der bürgerliche Beamte und Kaufmann dem Stribenten meistens entgegenbringt. Ich quittierte mit ein paar Freikarten. Und damit wäre diese Geschichte aus, wenn nicht ...

Ja, wenn nicht jetzt noch über einem halben Jahre eine seltsame Fortsetzung gekommen wäre. Der Kassierer dieser kleinen Bankfiliale war mir schon damals als besonders still aufgefallen. Er verah seine nicht leichte Tätigkeit — mir Stribenten bewundern ja diejenigen, ruhenden Heißlichkeit gegenüber dem Publikum. Er war ganz Maschine, so schien's; so jagten die Hand an diesem Bankkörper, die ein- und ausgabte. Dieser junge Mensch nun kommt mir jetzt in einem Caféhaus über den Weg. Auch der, der ihn nicht kannte, konnte bemerken, daß er ziemlich viel Alkohol zu sich genommen hatte. Er, der niemals mehr zu mir gelangt hatte als „Guten Tag“ und „Schön Wetter heute“ kommt an meinen Tisch und legt sich zu mir, der ich allein bin. Der Alkohol hatte einen ganzen Haufen von Stimmung weggeschwemmt. Er war nicht etwa betrunken, noch nicht einmal angetrunken; er war nur befreit und gelöst. Und nun beginnt er zu erzählen. Von seinem Vater, seiner Mutter, seiner Frau, seiner Kindheit, seine Ehe, von Glück und Unglück, Mühe und Erfolg. Es ist als ob ein Damm, der zwischen uns war, gebrochen

unterstellte Luftfahrtkontrollkommission eine Anzahl ihrer Provinzialstellen ausbeben. Eine Aufhebung der Hauptstelle Berlin auch bei dieser Kommission ist nicht in Aussicht genommen.

### Die Verhandlungen mit den Beamten.

I. Berlin, 21. Dez. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ hört, hat sich das Reichskabinett gestern mit der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigt. Nach einem Beschluß des Kabinetts ist gestern vom Reichsfinanzministerium eine neue Verfügung an alle Dienststellen ergangen, wonach die bisher der Besoldungsklasse A zugebilligten Vorschlagszahlungen auf das Januargehalt auf die Besoldungsklassen B bis H erweitert werden. Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der Beamtenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium ist auf heute vormittag verschoben worden. Dem „Vorwärts“ zufolge werden die Beamtenorganisationen zwar auf ihrer Forderung, die Gehälter zu erhöhen, bestehen; jedoch wollen sie an dem Umfange der von ihnen aufgestellten Forderungen mit Rücksicht auf die außerordentliche Lage nicht festhalten und gemeinsam mit dem Finanzministerium andere Sätze festlegen. Mitglieder des Reichsausschusses erklären, daß auf eine Anfrage die Regierung mitgeteilt habe, sie werde im Januar eine neue Besoldungsordnung vorlegen, die den Wünschen der Beamten in weitgehendem Maße Rechnung trage.

II. Berlin, 22. Dezember. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Besprechung der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Beamten im Reichsfinanzministerium hat nicht stattgefunden. Die Vertreter der Spitzenorganisationen werden auf morgen mittag 10 Uhr noch einmal zu einer Vorbereidung zusammenkommen und um 1 Uhr im Reichsfinanzministerium empfangen werden.

III. Berlin, 22. Dez. (Drahtbericht.) Von einem als zureichend bekannten Gewährsmann erzählt der Lokalanzeiger Mitteilung von einem Plan der Reichsregierung, die Gehälter und Löhne nicht nur der Staatsbeamten, sondern auch der Privatwirtschaft einheitlich zu regeln. Der Reichsfinanzminister werde schon in nächster Frist die Vertreter der Kommunen zu einer Konferenz zusammenberufen, um die Grundsätze zu einer möglichststen Gleichstellung der Beamtengruppen in Staat und Gemeinden festzulegen. Gleichlaufend mit dieser Aktion wird eine Besprechung mit der Industrie geplant, um auch in der Privatwirtschaft eine Annäherung der Gehälter und Löhne an die der Staatsbetriebe herbeizuführen.

### Eisenbahnerstreik in Oberschlesien.

III. Katowitz, 21. Dez. Die Eisenbahner der Eisenbahndirektion Katowitz hatten bis heute abend das Ultimatum gestellt, die Befahrungszulage ausbezahlt zu erhalten. Da dies nicht erfolgt ist, traten sie in den Streik, sobald am Abend keine Züge verfahren und auch der um 9 Uhr fällige Berliner Schnellzug nicht abgefahren werden konnte.

## Feinschmecker



rauchen noch wie vor  
**SALEM**  
**ALEIKUM**  
**GOLD**  
ZIGARETTEN

Willkommene  
Geschenke für Damen  
und Herren!

wäre: der Jollisch der Bankfiliale. Und sagt, wie es ihn oft paße, über den Beruf hinaus den Menschen, der vor seinem Zahlische steht, anzurufen, nur einmal zwei, drei Minuten mit ihm den Kontakt zu finden, der Freundlichkeit und Güte spendet und die grauen Bürolunden vergolden kann. Und verichert mir, er habe Monate lang mit seiner Frau über meine Komödie gestritten, um den Sinn meiner Komödie, der etwa ist, daß des Lebens letzte Weisheit ist, wirklich gelebt zu haben, mit ihr gekämpft habe. Und dann hätten sie keine Möbel gekauft sondern sie wären für das Geld in Theater und Konzerte gegangen, wären ins Freie gefahren und hätten einmal fröhlich gelacht. Die Strepis, mit der ich ihm zunächst zuhörte — eine tolle Strepis, die wie eine Schlange in uns das Gute verzerset — zerging mir da. Ich schickte den Menschen, der die Hand nach mir ausstreckte, um mir zu danken. Und als er aufstand und zu seinem Tische zurückgegangen war, da wußte ich, daß ich ihm vielleicht noch viel mehr zu danken hatte als er mir und meiner Komödie das gute Bewußtsein, ein paar Menschen geholfen zu haben. Und die Großstadt, der ich so oft flüchte, war mir wieder lieber geworden.

O. E. H.

Theaterbesprechungen in Kattatt. Am 19. Dezember wurde in Kattatt ein „Bühnenvolksbund, Ortsgruppe Kattatt“, gegründet, dem 56 Mitglieder angehören. Vorsitzender ist Prof. Dr. Gutmann, Stellvertreter Oberst a. D. Kattner. Ueber bestimmte Fragen der örtlichen Theaterverhältnisse und die Gründung einer hiesigen Theatergenossenschaft ist bereits mit dem Oberregisseur des Landes-Theaters in Karlsruhe, Herrn Baumbach, in Rührung getreten worden. Herr Landesregisseur Baumbach sprach über Zweck und Ziele des Volksbundes.

Kattatt-Festwoche. Nach längeren vorbereitenden Besprechungen von Persönlichkeiten aus allen Berufsständen ist beschlossen worden, in der Zeit vom 26. Februar bis 3. März 1922 eine Kattatt-Festwoche für Kunst und Wissenschaft zu veranstalten, die noch mit einer Tagung des Landesbundes verbunden sein wird. Vorgesprochen sind eine Reihe von Festveranstaltungen im Stadttheater und Konzerte des Kattatt-Orchesters. Auswärtige Künstler sollen herangezogen werden. Ferner finden Vorträge in der Universitäts- und eine Reihe anderer Veranstaltungen statt, die sich in den Rahmen einer solchen Festwoche hineinfügen. Da am 5. März die Leipziger Messe beginnt, erhofft Kattatt auch den Besuch auswärtiger Gäste, die sich auf der Durchreise nach der Messestadt befinden.

# JACOBINER

DER  
DEUTSCHE  
LIKÖR







Der Dollar = 173.91 Mk.

Ueber die deutsche Mark.

Es war gerade der erste Dezember, als wir in einer der letzten Besprechungen über die deutschen Valutaverhältnisse der Hoffnung Ausdruck gaben, daß ein guter Anfang dem deutschen Volke im Weihnachtsmonat auch ein gutes Ende in seinen Valutasorgen bereiten möge. Damals war es die plötzliche Besserung des Marktkurses in New York, die ein sprunghaftes Fallen der ausländischen Devisen zur Folge hatte und zu jenem schwarzen Börsentag führte, der auch die Pfälzische Bank in den Abgrund riß. Abgesehen von gewissen Schwankungen hat aber die Besserung der deutschen Valuta angehalten, und es verlohnt sich, jetzt kurz vor dem Weihnachtsfest, einen Rückblick zu werfen auf die Entwicklung der deutschen Valuta seit dem 1. d. M. Dies kann man am besten feststellen, wenn man die Devisennotierungen des 30. November mit denen des 20. Dezember vergleicht. Am 30. November notierten in Berlin 100 Schweizer Franken nach der damals schon eingetretenen Besserung mit 4650 M., am 20. Dezember notierten sie mit 3395 M. 100 holländische Gulden kosteten am 30. November 8700 M., am 20. Dezember 6350 M., 100 schwedische Kronen 5750 resp. jetzt 4350 M., 100 französische Franken 1700 resp. 1412 M. Man sieht also, daß die Besserung angehalten hat. Dementsprechend notiert auch am 21. 12. die Mark an den Schweizer Börsen zum ersten Mal wieder seit längerer Zeit mit drei Rappen gegen 2.55 Rappen am vorhergehenden Tage. Mit der inzwischen eingetretenen weiteren Besserung des deutschen Marktkurses in New York von 50% am 17. Dezember auf 53% am 19. Dezember und 58% am 20. Dezember wird auch eine weitere Verbilligung des Dollarpreises eintreten müssen. Der Dollar kostete am 30. November 245 M., um die Mitte dieses Monats trat eine leichte Verschlechterung ein, er hat sich aber in der letzten Woche wieder wesentlich erholt und kostete in den letzten beiden Tagen 181 resp. 174 1/2 M. Die Besserung der deutschen Währung wird sich erst nach und nach bemerkbar machen können. Ein Rückschlag der Preise hat sich schon bei solchen Waren gezeigt, die aus dem Ausland kommen. Das gilt beispielsweise für Mehl und Mais. Wenn auch die Preise für Butter am inländischen Markt infolge der geringen Zufuhren sich bisher auf ihrem hohen Stand behaupten konnten, so hat der Umschwung am Devisenmarkt doch eine Verbilligung der Margarine und Schmalzes gebracht. Zum Teil ist dies aber auch darauf zurückzuführen, daß allzu vorläufige Leute namentlich in den letzten Novembertagen und am Anfang Dezember von dem Einbedeutenderen ergriffen wurden und größere Mengen an Lebensmitteln aufkauften, die sie jetzt erheblich billiger haben können. Jetzt werden sich diejenigen als Krüppel fühlen, die nur das notwendige kauften; sie haben viel Geld gelohnt, und bei manchem wird sich der Regenjammer bald bemerkbar machen, wenn er die Preise vergleicht, die er damals beispielsweise für Fettwaren zahlen mußte, mit denen, die er jetzt ansetzen mußte. Es wäre dem deutschen Volke von ganzem Herzen zu wünschen, wenn seine großen Steuerlasten durch eine Verminderung der Kosten für die Lebenshaltung wenigstens in etwas ausgeglichen würden.

Deutsche Werke A.-G.

Die Deutschen Werke veröffentlichen ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1920, dem wir folgendes entnehmen: Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschloß am 30. April 1919, die bisherigen Heeres- und Marine-Werstätten soweit als möglich fortzuführen und auf Friedensbetrieb umzustellen, in der Voraussetzung, daß die Werke sich zur Fabrikation von Friedensartikeln eignen und eine Verzinzung der inoffiziellen Kapitalkosten gewährleisten würden. Diejenigen Betriebe, bei denen diese Voraussetzung nicht zutreffen würde, sollten dauernd geschlossen werden. Die Pulverfabrik Plana und die in Sachsen gelegenen Reichswerke schieden alsbald aus dem Tätigkeitsbereich der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe aus. Die Pulverfabrik Reichersheimhofen ist im Jahre 1921 teilweise verpachtet worden. Für die Umstellung auf Friedensbetrieb verbleiben noch folgende Werke: Spandau: Geschützgießerei, Geschloßfabrik, Artillerie-Werkstatt Nord und Süd, Gewehrfabrik, Munitionsfabrik und Feuerwerkslaboratorium. Friedrichsdorf: Kaiserliche Torpedowerkstatt. Kiel: Kaiserliche Werft. Erfurt: Gewehr- und Maschinenfabrik. Leipzig: Artilleriewerkstatt. Sieburg: Geschloßfabrik und Feuerwerkslaboratorium. Wolfgang bei Hanau: Pulverfabrik. Cassel: Munitionsfabrik. Dacha: Pulverfabrik und Munitionsfabrik. München: Artilleriewerkstatt. Ingolstadt: Geschützgießerei, Geschloßfabrik und Feuerwerkslaboratorium. Amberg: Gewehr- und Maschinenfabrik. Rißlingen: Das U- und Torpedosort der Kaiserlichen Werft.

Diese Werke wurden zunächst durch die „Hauptverwaltung ev. Reichsbetriebe“ dem Reichsfinanzministerium angegliedert, unter gemeinsamer Leitung genommen. Sie schuf die Grundlage für die Einführung der kaufmännischen Buchführung, für die finanzielle und fabrikatorische Umstellung. Letztere erforderte die größte Arbeit, weil sie nicht nur die Entwicklung eines Fabrikationsprogramms mit seinen verschiedenen Phasen: Rohmaterialarbeiten, Ausschloßfabrikationen und Dauerfabrikationen umfaßte, sondern vor allen Dingen auch die personelle Umstellung durch Heranziehung erfahrener Ingenieure, Kaufleute und Verwaltungsbeamten notwendig machte, deren Gewinnung bei der damals ungewissen Zukunft des Unternehmens besonderen Schwierigkeiten begegnete.

Am 17. Juni 1920 wurde die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe in die in das Handelsregister eingetragene „Deutsche Werke Aktiengesellschaft“ umgewandelt.

Die im September 1920 eintretende allgemeine Wirtschaftskrise erschwerte die Umstellungsarbeiten außerordentlich, ganz besonders auch deshalb, weil ausreichende Aufträge ausblieben. In Kiel und Spandau mußte deshalb zu größeren Arbeiterentlassungen geschritten werden. Besonders erschwerend machte sich geltend, daß die Gesellschaft von der letzten Kriegszeit her einen erheblich größeren Prozentsatz Schwerkräftiger als die übrige Industrie übernehmen und weiter beschäftigen mußte. Auch die Maßnahmen der Entente wirkten sehr hemmend auf die Entwicklung der Werke.

Unter Berücksichtigung all dieser Schwierigkeiten und Behinderungen kann man den Grad der Beschäftigung für 1920 nach aufwärts bezeichnen. Aufgenommene Verlegenheitsfabrikationen konnten noch nicht ganz abgebaut werden, weil die nötige Durchführung des neuen Fabrikationsprogramms natürlich ihre bestimmte Zeit erfordert. Eine Besserung der Gesamtlage trat erst im Geschäftsjahre 1921 ein.

Die Umstellung der Betriebe, d. h. die Einrichtung gewinnbringender Dauerfabrikationen war somit am 31. Dezember 1920 noch nicht beendet. Hierauf war bei Aufstellung der vorliegenden ersten Bilanz, deren Fertigstellung sich durch die in den besonderen Verhältnissen begründeten Schwierigkeiten verzögert hat, Rücksicht zu nehmen.

Zur Uebernahme der zu erwerbenden Grundstücke, Gebäude, Betriebsmaschinen und Vorräte wurden durch den Etat 1919 vom Reich für die Reichsbetriebe als Vorgängerin der Deutsche Werke Aktiengesellschaft 495 Millionen Mark bewilligt.

Von dieser Summe wurde von vornherein ein Betrag von 65 Millionen Mark für die Umstellung, sowie die Liquidation der Vergangenheit als zu Lasten des Reiches gehend bestimmt; dieser Betrag wurde auch verausgabt, jedoch er in der vorliegenden Bilanz nicht mehr in die Erscheinung tritt. Für die restlichen 430 Millionen Mark erhielt das Reich 100 Millionen Mark Aktien der neu gegründeten Deutschen Werke Aktiengesellschaft, sowie 330 Millionen Mark Genussscheine, die an einer Dividende über 5 Prozent hinaus teilnehmen sollen. Den Gegenwert dieser Genussscheine (in Höhe von 330 Millionen Mark) ist in der Bilanz wie folgt verwendet: a) Uebertragung auf geschlossene Rücklage 75 000 000 Mark, b) Uebertragung auf Sonderrücklage 75 000 000 Mark, c) Abschreibung auf Maschinen usw. 65 439 008.76 Mark, d) Abschreibung der Umstellungsosten, soweit sie über die vom Reich bewilligten 65 000 000 M. hinausgegangen sind 84 771 550.88 Mark, e) Weitere Umstellungsosten, welche noch im laufenden Jahre benötigt werden und welche vorübergehend auf Material-Konto verbucht wurden 29 789 440.36 Mark zusammen 330 000 000 Mark.

Industrie und Handel.

Adlerwerke norm. Heinrich Meyer, Frankfurt a. M. Die a. o. G. B. der Gesellschaft genehmigte die Kapitalerhöhung um 28 auf 100 Mill. Die neuen Aktien werden von einer Bankengemeinschaft unter Führung der Darmstädter Bank, Filiale Frankfurt, zu 130 Proz. übernommen und davon 24 Mill. den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 3 zu 200 Proz. angeboten. Die restlichen 4 Mill. Millionen bleiben „zur Verfügung des Aufsichtsrates“; die endgültige Verwendung sei noch nicht beschlossen.

Bayrische Handelsbank, München. Die außerordentliche Generalversammlung vom 20. ds. Mts., in welcher ein Aktienkapital von 5 533 200 fl. und 32 807 285 M mit zusammen 1 483 397 Stimmen vertreten war, hat die Erhöhung des Grundkapitals um 5,5 Mill., von 44,5 auf 50 Millionen, sowie die dadurch erforderliche Aenderung des § 10 des Gesellschaftsvertrages genehmigt.

Der Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller, Berlin, schreibt uns folgendes: Die Vollversammlung der Automobil-Fabrikanten-Kommission des B. D. M. V. hat sich nochmals eingehend mit dem Automobil-

steuergesetz beschäftigt. Es wurde eine Resolution angenommen, die gegen die nachträglich durch den 3ten Ausschuß im Reichstag erfolgte Erhöhung der Steuer für Personwagen gerichtet ist. Es wurde auf die schon ohnehin ungeheuerliche Belastung des Automobilbesitzers hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit Rücksicht auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Kraftwagenverkehrs sich der Reichstag damit einverstanden erklärt, daß die Erhöhung der Steuer für Personwagen wieder gestrichen wird.

Ganz unverständlich erscheint es, daß die Probefahrten der Fabriken nunmehr ebenfalls besteuert werden und die einzelnen Firmen für die ihnen zugewiesenen roten Probefahrnummern in voller Höhe die Steuern eines mittleren Wagens zahlen sollen. Man bedauert, daß die Probefahrt doch gewissermaßen ein Teil bzw. der letzte Teil des Fabrikationsprozesses ist und daß es ganz ungenügend ist, darauf eine Steuer zu erheben. Die Steuervereinerung der Kraftfahrzeugverbände hat auch einen entsprechenden Antrag auf Steuerfreiheit, zum mindesten aber auf wesentlich geringere, als die vorgesehene Besteuerung der Probefahrten, dem Reichstag unterbreitet.

New-York, den 21. Dezember

Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0.57%, am 20. 12. = 0.58  
Höchster Kurs . . . . . 0.59, am 20. 12. = 0.59  
Niedrigster Kurs . . . . . 0.56, am 20. 12. = 0.55  
Nachbörse . . . . . 0.57%—0.58, am 20. 12. = 0.58%—0.58%

Dies entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von 173.91 Mark am 20. 12. = 172.41 Mk.

Vom Valutamarkt. (Schlußnotierungen.)

Table with exchange rates for various cities including New-York, Paris, London, Amsterdam, Stockholm, and Copenhagen. Columns list city, date, and exchange rate.

Hamburger Metallpreise vom 21. Dezember.

Table with metal prices for silver, gold, and various alloys. Columns list item, unit, and price.

Berliner Metallpreise vom 21. Dezember.

Table with metal prices for Berlin, including items like Kupfer, Zinn, and Aluminium. Columns list item and price.

Londoner Metallpreise vom 21. Dezember.

Table with metal prices for London, including items like Kupfer, Zinn, and Silber. Columns list item and price.

Ruchholzversteigerung.

Badisches Forstamt Karlsruhe-Dardt verleiht am Mittwoch, den 29. Dezember l. Js., früh 9 Uhr, im „Schützenhaus“ bei Karlsruhe für Kleinhandwerker und Selbstverbraucher unter Ausschluß von Handel und Industrie aus dem Hannwald, Behmwald, Früherer Wildpark und Seidgerwald: 176 Stück harte Drehhölzer, 342 Korlen, 301 Nichten, 53 Eichen, 35 Fichten, 3 Buchen und 2 Föhren, Stämme und Abschnitte. Für Details ersehen Anschlag, Förster, Forst, Verkaufsbüro, Behm, Seidgerwald, Forstamt, Karlsruhe, Dardt, 20062.

Pelz-Verkauf und Reparaturen. P. Allgeier, 17375, Durlacher Allee 25. Halbeselde Georg-Friedrichstraße.

Schlafzimmer-Bilder. Preiswert, Bilder für alle Räume, Spiegel, 9700, Schilders Annahandlung, Kaiserstraße 97.

Damen-Taschen in großer Auswahl. Durch rechtzeitigen günstigen Einkauf noch besonders preiswert. Leopold Wohlschlegel, Kaiserstr. Nr. 173, 20048. Luxuswaren, Lederwaren, Haushalt-Artikel, Reisetaschen, Reisekoffer.

Kloß-Holz. 17375, 7 cbm Hardwald-Eichenholz, 12 Jahre alt, 31 fa 8 cbm trockenem Eichenholz bei abzugeben. 5468a. Gebrüder Griefinger, Casanstein, Telefon 5385 (Amt Karlsruhe).

Detektiv-Institut „Argus“. A. Maler & Co., Mannheim, O. 6, 6, Tel. 3305. Vertrauliche Auskünfte jeder Art und Erhebungen in allen Zweigen u. Kriminalproben. 25-jährige Praxis, Feinste Referenzen. Vertreten in u. Ausland. A1849.

Klavier-Unterricht für 10-jährigen Jungen gesucht. Offerten mit Preis unter Nr. 208780 an die „Bad. Presse“.

Ihr Passbild in wenigen Minuten mit dem Photogramm-Apparat. Derrenstraße 38.

Damen-Hüte eleg. parn. 25, 50, 75 u. Aenderungen v. Hüten u. Feilen all Art. Auf v. Teppenzen. Damenputz 1920. Emma Kamp, Kreuzstraße 17, 17, Ecke Markgrafenstr.

Weihnachts-Kerzen weiß, nicht tropfend, Etüd 15 bis. Sternregen. Aktion zu 10 St. = 1 Mk. Martin Schön, Karlsruh. 75, 11. 20041.

Feld-Mäusevergiftung betr. An die Chem. Fabrik Anton Springer, Karlsruhe, Ettlingerstrasse 51. Auf Ihr Schreiben vom 19. d. Mts. erwidern wir, daß wir mit der gelieferten Mäuse-Latwerg Marke „A.S.“ zufrieden waren. Wiesloch, den 20. Oktober 1921. Das Bürgermeisteramt.

Prima Strickwolle von 16 u. wieder zu haben bei Enslmann, 603284, Hauptstr. 27, 4. Et., zwischen 10 und 5 Uhr. Edel-Kanarienvogel empfiehl L. Jäger, Zoolog. Bldg., Amalienstr. 22. 18171.

Uhren und Goldwaren. Besten Kaufes. Sie verdienen bei L. Theilacker, Uhrmacher, Hebelstr. 23, gegenüber Café Bauer, Gold und Silber.

Als Weihnachts-Geschenke empfehlen wir Fußball, Feuerzeuge, Taschenlampen, Fahrradgummi, Fahrradteile. Nordische Stahlgesellschaft m. b. H., Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 81.

Grammophon u. Parlophon Apparate und Platten in großer Auswahl bei Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, Telefon Nr. 388, 19454.

Bruchleidenden. Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne Schmerzhafte Einwirkung. Vollständig geheilt. Dr. med. Dr. 2. Weber, Hamburg, auswärts, jedoch ist jetzt durch den Versand meine Methode in der ganzen Welt bekannt. Es erfolgt sofort die Mittheilung, wo u. wann die Sprechstunde in Karlsruhe abgehalten wird. Briefliche Behandlung ausgeschrieben. Besondere Reisekosten werden nicht berechnet. Anmeldekarte zu richten an Dr. med. Dr. 2. Weber, prakt. Arzt, Hamburg, Bauernstraße 4, 20924.

Senaris-Kur. Merckwürdig ist, daß mein Seitenbruch durch die Behandlung des Herrn Dr. med. Dr. 2. Weber, Hamburg, auswärts, jedoch ist jetzt durch den Versand meine Methode in der ganzen Welt bekannt. Es erfolgt sofort die Mittheilung, wo u. wann die Sprechstunde in Karlsruhe abgehalten wird. Briefliche Behandlung ausgeschrieben. Besondere Reisekosten werden nicht berechnet. Anmeldekarte zu richten an Dr. med. Dr. 2. Weber, prakt. Arzt, Hamburg, Bauernstraße 4, 20924.







